

# Analyse der Effekte der EU-Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland

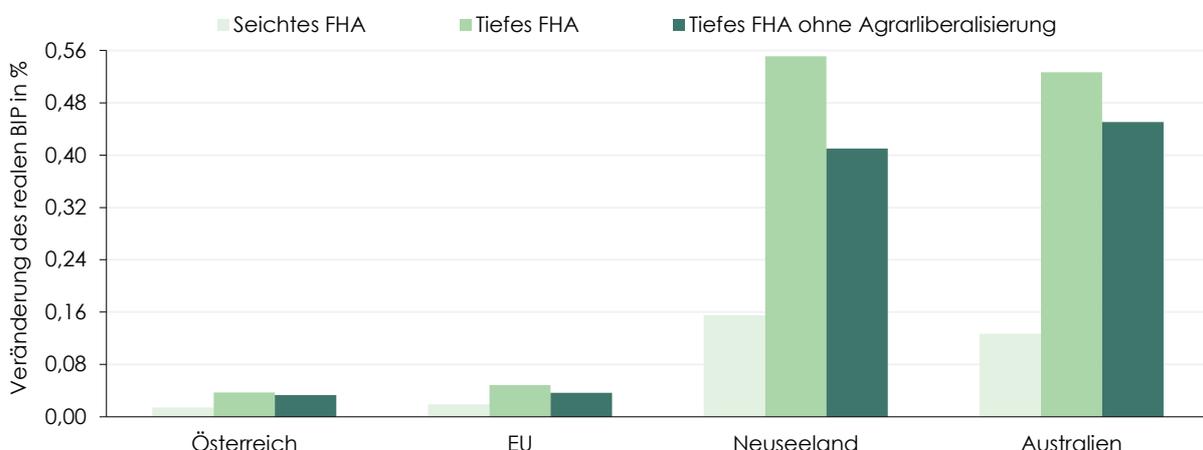
Elisabeth Christen, Hendrik Mahlkow

## Executive Summary

Die veränderte geopolitische Situation und der zunehmende Protektionismus erfordern eine strategische Neuausrichtung der EU-Handelspolitik. Die EU hat in den letzten Jahren erkannt, dass die Vertiefung der Handelsbeziehungen mit gleichgesinnten Partnern wie Australien und Neuseeland von entscheidender Bedeutung ist, um ihre wirtschaftlichen und geopolitischen Ziele zu stärken. Im Jahr 2023 wurde erfolgreich ein Freihandelsabkommen (FHA) mit Neuseeland abgeschlossen, während die Verhandlungen mit Australien aufgrund von Uneinigkeiten im Agrarsektor ins Stocken gerieten. Beide Abkommen sind entscheidend für die Stärkung der EU-Handelsbeziehungen im indo-pazifischen Raum, in einer Region mit wachsender wirtschaftlicher Bedeutung, in der die EU bisher nur begrenzt durch Freihandelsabkommen vernetzt ist.

Diese Studie bietet einen umfassenden Überblick über die Vertragselemente der EU-Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland und berücksichtigt sowohl gesamtwirtschaftliche wie auch geopolitische Auswirkungen. Herzstück der Analyse ist eine modellgestützte quantitative Bewertung der zu erwartenden langfristigen makroökonomischen Auswirkungen dieser Abkommen auf Grundlage spezifischer Szenarien und Simulationen zum Umfang der Handelserleichterungen mit dem KITE-Modell, einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell der Weltwirtschaft und des internationalen Handels. Die Zusammenschau der makroökonomischen und geopolitischen Befunde kann ein wichtiger Wegweiser für die Bewertung der europäischen Handelsagenda sein und zu einem besseren Verständnis beitragen, um im Hinblick auf den geopolitischen Kontext eine gesamtheitliche Betrachtung von Handelsabkommen anzustreben.

**Abbildung E1: Wohlfahrtseffekte infolge von EU-FHA mit Neuseeland und Australien nach Umfang der Handelsliberalisierung**



Q: WIFO-Berechnungen auf Basis des KITE-Modells.

Die Modellergebnisse zeigen, dass die beiden EU-Handelsabkommen mit Neuseeland und Australien sowohl die Wohlfahrt, gemessen in Veränderungen des realen BIP, wie auch den Gesamthandel und die bilateralen Handelsverflechtungen moderat steigern könnten, wobei

die Höhe der Effekte mit dem Umfang der Handelsliberalisierung zunimmt. So steigern tiefe EU-FHA mit Neuseeland und Australien die Wohlfahrt in Neuseeland und Australien um 0,551% bzw. 0,527%, in Österreich bzw. der EU erhöht sich das reale BIP langfristig um 0,037% (142,8 Mio. €) bzw. 0,049% (6,8 Mrd. €). In einem Szenario tiefer EU-FHA mit beiden Handelspartnern ohne Agrarliberalisierung fallen die Wohlfahrtsgewinne sowohl für Neuseeland (0,410%) und Australien (0,450%) wie auch für die EU (0,037%; 5,1 Mrd. €) und Österreich (0,034%; 127,9 Mio. €) teilweise deutlich niedriger aus, wobei besonders große Agrarexporteure in der EU tendenziell nachteilig betroffen sind. Die Betrachtung der sektoralen Veränderungen der bilateralen Exportströme nach Neuseeland und Australien legt nahe, dass die EU besonders im Bereich *Kraftfahrzeuge und Teile* die stärksten Zuwächse verzeichnet. Die österreichische Exportwirtschaft profitiert am stärksten im Sektor *Maschinen und Ausrüstungen*.

Neben den wirtschaftlichen Vorteilen haben die Abkommen mit Australien und Neuseeland auch bedeutende geopolitische Implikationen. Sie stärken die Position der EU im geopolitischen Kräftespiel mit den USA und China und tragen zur Diversifizierung der Handelsbeziehungen bei. Dies ist besonders wichtig angesichts der wachsenden Bedeutung des indo-pazifischen Raums und der zunehmenden wirtschaftlichen Vormachtstellung und Integration Chinas in dieser Region, insbesondere seit dem Inkrafttreten des RCEP-Abkommens. Durch die Abkommen mit Neuseeland und Australien könnte die EU ihre Abhängigkeit von China verringern und gleichzeitig ihren Einfluss in einer strategisch wichtigen Region ausbauen. Zugleich bieten die Abkommen auch die Möglichkeit, die Reichweite der EU-Regulierungen zu vergrößern und die Versorgung mit kritischen Rohstoffen zu sichern. Australien und Neuseeland sind wichtige Rohstoffhandelspartner für die EU, um den Zugang zu Rohstoffen wie Lithium und Kobalt zu diversifizieren, die für die grüne Transformation der EU entscheidend sind.

Die stockenden Verhandlungen mit Australien zeigen jedoch auch die Herausforderungen der neuen EU-Handelspolitik, in der nicht-handelsspezifische Ziele zunehmend in den Fokus von Handelsabkommen rücken, vor allem im Hinblick auf das strategische Interesse Handelsverflechtungen zu diversifizieren und die Versorgungssicherheit bei (kritischen) Rohstoffen abzusichern. Dies erhöht für die EU den Druck auf sensible Politikbereiche, wie den Agrarsektor. So nützt beispielsweise Australien die Uneinigkeit beim EU-Binnenmarktzugang für australische Agrarexporteure aus, um weitreichende Zugeständnisse im Austausch für einen verbesserten Zugang zu den australischen Rohstoffmärkten zu erreichen. Interessenskonflikte bei diesen strategischen Verhandlungspositionen bergen das Risiko, den erfolgreichen Abschluss eines Freihandelsabkommens aufs Spiel zu setzen, wenngleich die ökonomischen Vorteile für die Vertragsparteien gegenüber keiner Einigung bei Weitem überwiegen würden.

In einer gesamtheitlichen Betrachtung stellen die EU-Freihandelsabkommen mit Neuseeland und Australien ein wesentliches Element der neuen EU-Handelspolitik dar, die darauf abzielt, die Resilienz der EU-Wirtschaft zu stärken, die Zusammenarbeit mit demokratischen Nationen zu intensivieren und die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Das in Kraft getretene EU-FHA mit Neuseeland sowie der weitreichende Verhandlungsstand beim Abkommen mit Australien leisten einen wesentlichen Beitrag, um die ökonomischen Potenziale dieser zukunfts-trächtigen Region handelspolitisch auszuschöpfen. Zugleich tragen beide Abkommen dazu bei, die wirtschaftliche Position der EU im indo-pazifischen Raum zu stärken und die geopolitische Zusammenarbeit zu fördern. Diese Chancen sollte die EU nutzen, indem strategische Interessen abgewogen und die Herausforderungen in den Verhandlungen mit Australien adressiert werden. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit der indo-pazifischen Region wäre auch eine Chance dem Trend zum Unilateralismus und Protektionismus entgegenzuwirken und gemeinsame Handelsregeln durchzusetzen. Für Österreich, als kleine offene Volkswirtschaft, sind solche Abkommen von besonderer Bedeutung, da sie den Zugang zu internationalen Märkten sichern und wirtschaftliches Wachstum sowie Beschäftigung fördern.